

Besprechungen

De Man, Hendrik: *Vermassung und Kulturverfall. Eine Diagnose unserer Zeit.* München 1951. Leo Lehnen Verlag GmbH, 205 S.

Vielleicht hat niemand unter den europäischen Sozialisten leidenschaftlicher für ein neues, geeintes Europa gekämpft als Hendrik de Man. Kaum jemand hat aber auch so sehr immer irgendwie „gegen den Strom“ (Titel seiner Lebenserinnerungen) gestanden wie er. Er ist Outsider gewesen während seiner Tätigkeit in der belgischen Arbeiterbildungsbewegung (1911—1922), während seiner Lehrtätigkeit an der Frankfurter Universität und der Akademie der Arbeit (1922—1933), während seiner Professur in Brüssel und seiner Tätigkeit als belgischer Minister. Ein Autounfall im Juni 1953 hat diesem unruhigen, vom Kampf und Arbeit erfüllten Leben ein Ende gesetzt.

Das vorliegende Werk gehört zu den bedeutendsten Arbeiten des Verfassers. Es ist nicht durch Zitate und Auseinandersetzungen mit fremden Autoren belastet. Wie der Verfasser im Vorwort bemerkt, ist es ihm wesentlich um das zu tun, was er selbst erlebt, beobachtet und worüber er nachgedacht hat. So wirkt das Buch in der Tat auch sehr persönlich und lebendig. Die Art der Darstellung bringt es allerdings mit sich, daß häufig auch subjektive Urteile ausgesprochen werden, die zu Widerspruch reizen. Verhält es sich wirklich so, daß in Europa und „nicht nur in der Heimat von Nietzsche und Spengler, sondern auch in den Ländern von Gobineau und Toynbee der Kulturpessimismus vorherrscht“? Der Verfasser hat die frischen Auftriebskräfte, besonders in der deutschen Bundesrepublik, nicht beachtet oder noch nicht sehen können. Von einem „Greisentum“ unserer Kultur könne allerdings, meint er, keine Rede sein. „Unsere Kultur gleicht nicht etwa einem Schiff, das vor Altersschwäche leck und träge geworden ist, sondern einem mächtig getakelten, kräftigen und schnellen Fahrzeug, von dem man aber leider nicht weiß, ob es nicht mit Vollampf auf eine Klippe oder einen Mahlstrom zutreibt.“

Wie kommt es, daß das Steuer keinem Kommando mehr gehorcht? Um im Bilde zu bleiben: Die Schwankungen des Schiffes werden von einer schlecht gestauten Fracht bestimmt, die blindlings hin und her stößt (S. 43). Unbildlich gesprochen: Die Ursache der Richtungslosigkeit liegt in dem Mangel an individueller Differenzierung, dem Verlust an menschlichem Selbstsein, der Vermassung. Masse entsteht „technologisch aus der Mechanisierung, ökonomisch aus der Standardisie-

rung, soziologisch aus der Anhäufung und politisch aus der Demokratie“. Auch die Mode gehört zu den massenpsychologischen Erscheinungen. Ist die Mode aber faktisch nur das Produkt einer Verfallsepoche? Zeigt sie „die völlige Auflösung des Stils“, die „Auflösung des gestaltenden Prinzips in der Gesellschaft“? Ist heute die Kultur überhaupt in eine „Phase der Sinnlosigkeit“ getreten? Erleben wir wirklich „so etwas wie eine ‚Erfüllung der Zeiten‘, wie einen Eintritt in die außergeschichtliche Zeit“? Der Verfasser hat die Kulturverfallserscheinungen der Gegenwart, die in abgewandelter Form gewiß in jeder Zeit bestanden haben, zu wichtig und zu wesentlich genommen. Die sehr ausführliche Kritik läßt ihm wenig Raum für eine positive, in die Zukunft weisende Darstellung. Immerhin bringen noch die letzten zwanzig Seiten eine Fülle beherzigenswerter Erkenntnisse. Marxisten mögen sich dieses Wort des kämpferischen Sozialisten merken, „daß eine neue Kultur noch ganz andere Dinge voraussetzt als eine neue Klassenherrschaft“. Dem Menschen müsse der Sinn für das Ganze deutlich werden. Man spreche von einem Zeitalter der Angst. Die Überwindung der Angst könne von den verschiedensten Aspekten aus erfolgen. Der Verfasser erwähnt „das Christentum als Religion der Liebe, die Wissenschaft als Verdrängung der Angst vor der Natur durch Erkenntnis, die liberale Demokratie als Vertreibung der politischen Angst durch frei gewährtes Vertrauen, die sozialistische Demokratie (ihre Tochter) als Vertreibung der Wirtschaftsangst usw.“ (S. 190).

Dieses Buch ist nicht nur das Werk eines Gelehrten und nicht nur die Schrift eines europäischen Sozialisten, sondern auch die Quintessenz der Lebensarbeit eines Menschen. Die schlichte Menschlichkeit, die den Leser aus jeder Zeile anspricht, ist vielleicht der größte Vorzug dieses letzten, noch zu Lebzeiten Hendrik de Mans erschienenen Buches.

Herbert Schack - Berlin

Wirsing, Giselher: *Schritt aus dem Nichts*. Perspektiven am Ende der Revolutionen. Düsseldorf-Köln 1951. Eugen Diederichs Verlag. 364 S.

Ein anregendes Buch, dem die Zeit nichts von seiner Aktualität genommen hat. Der uns heute beunruhigende Weltkonflikt hat tiefere Wurzeln als je eine kriegerische Auseinandersetzung im 18. oder 19. Jahrhundert. Wir leben im Zeitalter eines neuen Glaubenskrieges. Glaubenskriege aber sind furchtbarer als bloße Machtkriege. „Im Glaubenskrieg herrscht das Ungesetz des Bürgerkrieges. Er ist total, nicht weil die Menschen und Mittel der Völker unbeschränkt Kriegszwecken dienstbar gemacht werden, sondern weil das Kriegsziel die totale Vernichtung des Gegners wird.“ (S. 11.) Wie kommen wir aus dieser gefährlichen Situation heraus? „Glaubenskriege enden, wenn neue Vorstellungen gestaltungskräftig geworden sind, die sie ablösen.“ (32.) Die Vorstellung, auf die es heute vor allem ankommt, hat einen zunächst negativen Sinn. Die Menschen müssen sich von der fixen Idee befreien, daß der Geschichtsprozeß auf ein bestimmtes Endziel, auf

einen genau bestimmbaren Zustand ausgerichtet sei. Dieses teleologische, deterministische Denken ist die Ursache aller politischen Orthodoxien und aller gewaltsamen und intoleranten revolutionären Bestimmungen. Diese These, die der Verfasser im einzelnen zu erläutern und zu beweisen sucht, ist sicher richtig. Eine perfektionistische Gesellschaft, ein nach einem fertigen Grundmodell konstruierter Staat muß intolerant sein. Die Verabsolutierung eines politischen und sozialen Ideals ist verhängnisvoll. Totale Systeme aber haben, wie die Geschichte zeigt, nur eine kurze Geschichte. Sollen sich Staat und Gesellschaft in der Entwicklung lebensfähig und lebenskräftig erhalten, so müssen sie sich von unten her aufbauen und ordnen. Nur so gibt es eine Dauerhaftigkeit der Arbeitsbeziehungen und der gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Institutionen. Während dem Staat die langfristigen Aufgaben zufallen, bleiben der Selbstverwaltung die kurzfristigen Lebensvorgänge der Gesellschaft vorbehalten. Auch zwischen den Völkern muß ein dynamisches Wechselspiel bestehen. Die völkische Zusammenarbeit darf „niemals statisch gedacht und auf einen paradiesischen Endzustand bezogen werden“. (303.) Bei der Zusammenarbeit der europäischen Nationen gilt es, „eine große Zahl von langfristig wirkenden Institutionen zu schaffen, die Europa auf den verschiedensten Gebieten integrieren, so daß eine immer enger zusammenwachsende Einheit von unten her entsteht“ (319).

Das große Verdienst des Verfassers besteht in dem eindrucksvollen und gelungenen Nachweis der überaus verhängnisvollen Bedeutung „perfektionistischer Maßstäbe“ in der Staats- und Wirtschaftsgeschichte. „Wir bedürfen in Europa beständiger Exerzitien zum Thema des Maßstabes“ (325). Müssen wir uns aber nicht auch der in unserem Kulturkreis und darüber hinaus gültigen Ideen bewußt werden? Sollten wir nicht gewisse Normen als absolut gültig anerkennen? Die mangelnde Unterscheidung von Richtpunkt und Maßstab, von Idee und Ideal führt den Verfasser in die bedenkliche Nähe eines historischen Relativismus. Ist die Frage: „Was habt ihr der marxistischen Idee entgegenzustellen?“ wirklich „eine Fragestellung von gestern“? Hier wäre manches zu erwidern. Ganz gewiß aber dürfen wir dem Schlußwort des Verfassers zustimmen: „Ohne Opfer dessen, was wir sind, kann nicht werden, was wir über uns hinaus sein sollen.“

Herbert Schack - Berlin

Knieriem, August von: Nürnberg. Rechtliche und menschliche Probleme. Stuttgart 1953. Ernst Klett Verlag. 573 S.

Wir haben heute Abstand von den Jahren der Nürnberger Prozesse. Unvoreingenommen können wir prüfen, was an den Prozessen Recht und Unrecht gewesen ist. Das vorliegende, auf gründlicher Rechtskenntnis und genauer persönlicher Kenntnis der zwölf Nachfolgeprozesse in Nürnberg ruhende Werk ist ein sehr willkommener Führer bei einem sachlichen Studium dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte. Nachdem das Urteil über die „Hauptkriegsverbrecher“ ge-

sprochen war, begannen die Industrieprozesse, Generalsprozesse usw., die den eigentlichen Gegenstand der Untersuchung bilden. Dem Verfasser ist es gelungen, ein fast uferloses Tatsachenmaterial auf die darin enthaltenen rechtlichen Probleme hin zu erforschen. Er gliedert das Buch in drei Teile. Im ersten Teil behandelt er die „Probleme des anzuwendenden materiellen Rechts der Gerichtsverfassung und des Prozeßrechts“; im zweiten Teil „einige grundsätzliche, für alle Prozesse gemeinsame Rechtsprobleme“; im dritten Teil „Einzelprobleme bestimmter Prozeßkomplexe“. Das Buch darf nicht nur das Interesse des Juristen, des Völkerrechtlers und Strafrechtlers beanspruchen. Wer überhaupt ein objektives Urteil über das Nürnberger Verfahren und die dort ergangenen Urteile gewinnen will, ja, wer sich ein sachlich zutreffendes Bild von der deutschen Kriegsführung und der deutschen Rüstung machen will, wird jedes Kapitel dieses Buches mit größtem Interesse lesen. Den Wirtschaftler interessieren natürlich besonders die Industrieprozesse. Hier steigert sich die Darstellung zu spannender Dramatik. Man lese das Kapitel über die Beschäftigung von Zwangsarbeitern oder das über den I. G.-Prozeß oder Krupp-Prozeß! Den früheren und künftigen Soldaten werden die Abschnitte über die völkerrechtlichen Grundlagen von Kriegsführung und Okkupation, über den Partisanenkrieg, über Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung, über die Behandlung Gefangener ganz besonders fesseln. Die Frage der Pflichtenkollision, der Pflicht zu unbedingtem Gehorsam und zu selbstverantwortlicher Entscheidung wird unter juristischem und ethischem Aspekt erörtert. Gerade diese Frage muß völlig geklärt sein, wenn eine neue deutsche Armee aufgebaut wird. Es ist Zeit, daß das Kriegsrecht der modernen Gestaltung der Kriegsführung angepaßt wird, höchste Zeit aber auch, daß die ehemals gültigen Normen der Menschlichkeit, Rechtlichkeit und Gerechtigkeit wieder allgemein zur Geltung gebracht werden. „Der ungemessenen Gewaltanwendung des Krieges das Recht entgegen zu setzen, entspricht dem sittlichen Bedürfnis des Menschen, und je grauenhafter die Formen des Krieges werden, um so dringender wird die Aufgabe des Kriegs- und Kriegsverhütungsrechts, schon um der Selbsterhaltung des Menschen willen.“ Mit dieser Feststellung und Mahnung zugleich beschließt Eduard Wahl das ausgezeichnete Vorwort, das er der überaus verdienstvollen Arbeit des Verfassers vorangestellt hat. H e r b e r t S c h a c k - B e r l i n

S t a n k a , R u d o l f : *Geschichte der politischen Philosophie*. Band I: Die politische Philosophie des Altertums. Wien und Köln 1951. Verlag A. S e x l . 462 S.

Der Verfasser legt den ersten Band einer sehr breit angelegten Arbeit über politische Anschauungen und Ideen seit den Anfängen der Menschheitsgeschichte vor. Es geht ihm dabei nicht nur um die Darstellung der im engeren Sinne politischen Theorien der alten Welt, wie man sie zusammengefaßt in den Einleitungskapiteln vieler älterer Lehrbücher der Staatslehre und der Sozialphilosophie vorfindet, Stan-

kas Anliegen ist vielmehr, die Verklammerung der politischen Anschauungen, Herrschafts- und Staatsauffassungen mit den alten Denkformen des Mythos, mit den philosophischen Systemen, den Gesellschafts- und Rechtsideen darzulegen. Das Buch befaßt sich daher sowohl mit den Herrschafts- und Königsmythen der alten Theokratien des Orients als auch mit der Sozial- und Geschichtsphilosophie, den politischen Utopien und den ersten Anfängen einer politischen Wissenschaft in der altgriechischen Welt. Von sieben größeren Abschnitten sind allein vier den Verfassungssystemen und der politischen Ideenwelt von Hellas gewidmet, je einer dabei den überragenden Gedankensystemen Platons und Aristoteles! Die Darstellung erstreckt sich schließlich auf die Wandlungen und den Verfall des politischen Denkens in der Zeit des hellenistischen Königtums, auf die Rechts- und Staatsphilosophie des römischen Imperiums — von Polybios und Cicero bis zu Seneca, den römischen Historikern und Juristen — und den Einfluß von Christentum und Kirche auf das politische Denken des ausgehenden Altertums. Vom „neuen Welt- und Staatsgefühl“ der Stoa (S. 248) bis zum Augustinischen „Gottesstaat“ und zur Gesellschaftskritik des Johannes Chryostomos spinnt Stanka den ungleich kräftigen Faden seiner Darstellung.

Wie sich aus diesem kurzen Hinweis auf den Inhalt des Bandes ergibt, geht der Verfasser von einem sehr weiten Begriff der politischen Philosophie aus. Wenn er im Vorwort (S. 7) zum Ausdruck bringt, daß die Geschichte der politischen Philosophie die Antworten darstellt, „die der menschliche Geist auf die Frage nach dem Wesen der Politik gab“, so hat er diese Begrenzung in der Durchführung seiner Arbeit keineswegs eingehalten. Wie eingangs schon angedeutet, ist Stanka vielmehr bemüht, die politischen Anschauungen aus dem geschichtlichen Bewußtsein, aus der philosophischen Selbstbesinnung der jeweils historischen Gegenwart verständlich zu machen.

Die besondere Schwierigkeit einer derartigen Darstellung liegt wohl darin, die verschiedenen Quellen, aus denen das politische Denken einer Zeit gespeist wird, in geistesgeschichtlich ausgewogenem Maße zur Geltung zu bringen, ohne durch ein Abgleiten auf Sondergebiete der geistigen Entwicklung den Gegenstand der Arbeit zu verdecken oder zu verfehlen. Dem Verfasser ist es nicht gelungen, die auch ihm bewußten „Nebenpfade“ (S. 8) auf dem Entwicklungsgang der politischen Philosophie zu meiden. Seine Vorliebe für die rechtsphilosophische Problematik im Bereich des politischen Denkens kommt — insbesondere in der Darstellung der römischen und frühchristlichen Entwicklung — immer wieder zum Ausdruck. Demgegenüber erfahren bedeutungsvolle Ansätze einer politischen Theorie in den Werken verschiedener Historiker der Antikes (Herodot, S. 112, Thukydides, S. 114, Polybios, S. 275) eine recht begrenzte Würdigung. Wenn der Verfasser in der Behandlung der Auffassungen einzelner für die Entwicklung einer Wissenschaft von der Politik besonders beachtlicher Denker etwas sehr cursorisch verfährt, so fällt dagegen die auch für

die ganze Formgebung des Buches bezeichnende ungleich ausgiebigere Würdigung der politischen Gehalte in den Kunstwerken der großen antiken Dichter besonders auf.

Auf den geistesgeschichtlichen Zusammenhang der einzelnen, die politische Sphäre des menschlichen Daseins berührenden Gedankensysteme wird zwar durch den Verfasser an vielen Stellen hingewiesen; das Fortschreiten und die Rückschläge in der Entwicklung einer eigentlichen politischen Theorie, die in Platon und Aristoteles ihre Gipfelleistungen zu verzeichnen hat, wird dagegen weniger scharf herausgehoben. Einzelne Elemente dieser Theorie: etwa die Klassifikation und der Kreislauf der Staatsformen, die Bedeutung der gesellschaftlichen Wirklichkeit für die Ausübung einer politischen Herrschaft, die Idee einer durch politische Erfahrung angereicherten gemischten Verfassung — hätten im Bezug auf ihre Tradiierung, Abwandlung und Bedeutungsänderung durch die verschiedenen Denker des Altertums unschwer schärfer herausgearbeitet werden können.

Im Vorwort des Buches bringt Stanka zum Ausdruck, daß nach seiner Auffassung eine genetische Darstellung der politischen Philosophie mehr als eine trockene Aneinanderreihung der unterschiedlichen Probleme und Dogmen der Geschichts-, Staats- und Rechtsphilosophie sein müsse; es gelte zugleich, „die jeweilige geschichtliche und gesellschaftliche Problemlage“ zu beschreiben, aus der heraus die einzelnen politischen Denksysteme gestaltet wurden. Der Rezensent kann dem Verfasser darin nur lebhaft zustimmen. Es ist aber zweifelhaft, ob es Stanka gelungen ist, dieses Vorhaben mit Erfolg für das Buch zu verwirklichen. Zwar sind einige Kapitel der Darstellung dieser jeweiligen Problemlage gewidmet. In anderen Kapiteln wird zwischendurch vor der Wiedergabe von politisch relevanten Gedankensystemen auf gesellschaftliche, verfassungsmäßige und zeitpolitische Voraussetzungen wenigstens hingewiesen. Man hat aber nach der Lektüre der wichtigsten Abschnitte des Buches — das trifft auch für die Abschnitte 4 und 5, Platon und Aristoteles, zu — nicht den Eindruck, daß der Verfasser die geschichtlich-gesellschaftliche Grundproblematik, zu der diese Denksysteme in Beziehung zu setzen sind, ausreichend darstellt.

Es fehlt dem Buche die für die Beurteilung politischen Denkens unausweichliche sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Note. Die Berücksichtigung bestimmter Aspekte der Wissenssoziologie und der Ideologienkritik ist nun einmal erforderlich, wenn es darum geht, die gesellschaftliche und die politische Bedeutung politischer Vorstellungen und Gedankensysteme für eine Zeit ausfindig zu machen. Das bedingt aber eine wesentlich gründlichere Beschäftigung mit den einzelnen Denkern, Theorien und Problemlagen, als sie der Verfasser für dieses Kompendium nachzuweisen für notwendig hält. Allerdings kann dadurch der Rahmen der ganzen Arbeit gesprengt werden.

Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß der Verfasser in dem vorliegenden Bande in terminologischer Hinsicht sehr unbedenklich verfährt. Er operiert mit einer Reihe von Ausdrücken und

Begriffen, die der Problemlage und dem Denken der Gegenwart entstammen und die, angewendet auf das Altertum, nur zu Mißverständnissen Anlaß geben. Das beginnt bereits mit dem Ausdruck Staat. Die politischen Gebilde des alten Orients, die gesellschaftlich als historisches Eigengebilde so interessante griechische Polis, das Gemeinwesen des alten und das Imperium des späteren Rom: alles das ist für den Verfasser im Widerspruch zu dem Sprachgebrauch der politischen Wissenschaft Staat. Stanka ist sich der gesellschaftlichen und politischen Eigenbedeutung der antiken Polis durchaus bewußt. In den Theorien der großen griechischen Denker kommt es doch auch zum Ausdruck, daß die politische Ordnung der Polis in wesentlich anderer Art in der allgemeinen gesellschaftlichen Ordnung Griechenlands verankert ist, als beispielsweise das politische System des römischen Imperiums in der Gesellschaftsstruktur der Mittelmeerländer. Durch die unkritische Verwendung des Ausdruckes Staat für alle politischen Systeme des Altertums wird aber diese fundamentale Erkenntnis bedenklich verwischt. (S. 85 „Bei Homer dagegen sind die Griechen bereits im Vollgenuß staatlichen Lebens“). Andere Ausdrücke des Verfassers erscheinen ebenso unangebracht: „Kapitalisierung der Kirche“ (S. 30), „Rechtswahrung“ als Hauptaufgabe des Königtums (S. 42), „Schwäche des schlaff gewordenen Reichsvolkes“ — in bezug auf Persien (S. 45), „geistiger Imperialismus des Judentums“ (S. 56), „Rassenhygiene“ bei Platon (S. 148), „Raumdenken der Antike“ (S. 264), „Reichsbewußtsein der Römer“ (S. 266), „Gevolkschaft Christi“ (S. 321), „Massenbewegung der Christen“ (S. 321).
O t t o S t a m m e r - Berlin

G i n z b e r g, E l i : *Der Arbeiterführer*. Versuch einer Analyse. Nach der amerikanischen Originalausgabe übersetzt von G. Mosberger. Köln 1951. Bund-Verlag GmbH. 286 S.

„Man weiß nicht viel über die Arbeiterführer und noch weniger über die verschiedenen Wege, die sie beschreiten“, sagt Ginzberg im Vorwort seines Buches (S. 10). Kritische deutsche Leser, die daraufhin eine gediegene organisationssoziologische Studie über die amerikanischen Gewerkschaftsführer erwarten, werden enttäuscht darüber sein, daß der Verfasser in einer mehr journalistischen als wissenschaftlichen Darstellung die Problematik der Führung der großen gewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände in vier nur sehr locker miteinander verbundenen, keineswegs in die Tiefe der Teilprobleme gehenden Abschnitten behandelt.

Die psychologische Analyse und die Typologie des Führertums gesellschaftlicher Gruppen, die als theoretisches Gerüst das Buch mehr einleiten als tragen, sind unzulänglich. Der Verfasser schätzt es, soziologisch für die Analyse der gewerkschaftlichen Führungsgruppen wesentliche Einsichten, die von fundamentaler Bedeutung für eine Organisationssoziologie sind, nur andeutungsweise zu vermerken. Das trifft zum Beispiel auf seine Feststellungen zu, daß jedes Führertum einer Organisation von der Genese und von der Struktur des Führungs-

stabes, von Erwartungen und Verhaltensweisen der Anhängerschaft und von den Aktionschancen beeinflusst wird, die durch den Aufbau und die Funktionen der Organisation bestimmt werden.

Einigermaßen akzeptable, im einzelnen aber noch kritisch zu beleuchtende Ansätze einer empirischen organisationssoziologischen Untersuchung enthält das Buch nur im zweiten Teil, der den Problemen der Herkunft, der Vorbildung, der Auslese, der Amtsdauer und der wirtschaftlich-beruflichen Stellung der amerikanischen Arbeiterführer nachgeht. Die nahezu den halben Umfang der Arbeit einnehmende Geschichte der Ortsgruppe Parkinstown des Verbandes der Porzellanarbeiter und Töpfer versucht die Wechselbeziehungen zu illustrieren, die im Aufbau und im Handeln der Organisation sich zwischen den kleinen Funktionären in Betrieb und der Spitzenführung ergeben. Theoretische Folgerungen werden daraus leider nicht gezogen. Die Problematik der Herausbildung beweglicher Kampfstäbe der gewerkschaftlichen Organisationen, ihr Aufbau, ihre Funktionsweise, ihre Handlungsformen gegenüber dem sozialen Partner, ihre Legitimation im Gefüge der eigenen Organisation — ein Fragenkomplex, der beispielsweise in dem ebenfalls vom Bund-Verlag 1951 in Übersetzung veröffentlichten Buch von Jack Barbash „Strategie und Taktik der amerikanischen Gewerkschaften“ wesentlich gründlicher analysiert wird — werden theoretisch nicht ausgewertet.

Angesichts des umfangreichen und zum Teil sehr guten heute zugänglichen amerikanischen wissenschaftlichen Schrifttums auf dem Gebiete der Gewerkschaftsforschung kann das Buch Ginzbergs bestenfalls als ein erster Hinweis auf die psychologische und soziologische Problematik der Gewerkschaftsführung angesehen werden. Gerade deshalb aber erscheint es angezeigt, den Fragenkomplex der Führung der großen Arbeitnehmerverbände aus dem Dunkel der zweideutigen Psychologie eines lediglich der Masse konfrontierten Führertums ins helle Licht einer organisationssoziologischen Untersuchung zu rücken, für welche die Führung organisatorisch aufgegliederter Großgruppen nur als Funktion in dem umfassenden sozialen Wirkungszusammenhang der Organisationseinheit wissenschaftlich relevant ist. „Die Freizügigkeit und die Begrenzung, die jedem Führer in seiner täglichen Arbeit begegnen“, sagt Ginzberg, (S. 32) „sind in der Organisation, die er leitet, begründet“; eine Analyse des gewerkschaftlichen Führertums müsse daher die „organisatorischen Verwicklungen und die formalen Machtbefugnisse in Betracht ziehen“, welche den Führern auferlegt werden. Bedauerlicherweise zieht der Verfasser daraus aber nicht die Konsequenz, den Wirkungszusammenhang der Organisation der amerikanischen Gewerkschaften im Hinblick auf seine Bedeutung für die Stellung und die Funktion ihrer Führungsgremien zu untersuchen.

Die relative Bedeutung der Führergruppe einer Organisation wird von der Organisationswirklichkeit, das heißt von der Art und Weise des Zusammenwirkens aller Teile der Organisation weitgehend bestimmt: der unterschiedlichen Gruppen der Mitgliedschaft, der Gre-

mien der unteren Funktionäre, der verbandsbeamteten Stäbe von Organisationsspezialisten und der Spitzenführung. Jede freiwillige soziale Organisation vom Typus der großen nach Industriegruppen orientierten Gewerkschaftsverbände stellt mehr dar als der Apparat, in den die Spitzenführung eingebaut ist. Man wird dem dynamischen Charakter derartiger sozialer Großorganisationen nicht gerecht, wenn man ihre Führung lediglich als Herrschaftsspitze oligarchisch strukturierter, bürokratisch funktionierender Machtapparate kennzeichnet. Die wertvolle Studie Joseph Goldsteins über die Teilnahmslosigkeit der Mitgliedschaft der britischen Transportarbeitergewerkschaft (Joseph Goldstein „The Government of British Trade Unions“, London 1952) kann nicht als Beleg für die Richtigkeit des von Robert Michels vor 40 Jahren formulierten „ehernen Gesetzes der Oligarchie“ ausgelegt werden. Goldstein untersucht die „British Transport and General Workers Union“ in einer spezifischen psychologischen und organisatorischen Situation ihrer Entwicklung. Über das künftige Verhältnis zwischen Gewerkschaftsführung, Verbandsbürokratie und Mitgliedschaft in dieser Organisation ist damit nichts ausgesagt.

Eine ernstzunehmende soziologische Analyse der Gewerkschaftsführung muß also von der Wirkungseinheit der gesamten Organisation der Gewerkschaft ausgehen; sie hat dabei selbstverständlich die Kontakte mit der außerverbandlichen gesellschaftlichen Umwelt in Betrieben, Gemeinden, Verbänden, Parteien und politischen Institutionen gebührend zu berücksichtigen. Empirische Untersuchungen über die Sozialstruktur, über die in vielen Fällen tiefgehende Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Gruppen der Mitgliedschaft gewerkschaftlicher Großverbände, über ihren Anteil an der Bildung des Verbandswillens und über ihre Reaktionen auf das gewerkschaftspolitische Handeln der Führungsgruppen sind auch im englisch-amerikanischen wissenschaftlichen Schrifttum zu zählen.

Die Führungsstruktur derartiger Großverbände und ihrer mächtigen Dachorganisationen ist wesentlich differenzierter, als es in dem Buch von Ginzberg zum Ausdruck kommt. Es reicht nicht aus, nur die Persönlichkeiten der Spitzenführung als Repräsentanten der gesamten Organisation etwa biographisch und in ihrem Einfluß auf Verbände und gesellschaftliche Umwelt darzustellen. Aus dem differenzierten Aufbau dieser Verbände und der Stufenfolge von Organen, Positionen und Funktionen ergibt sich das breitverzweigte Gerüst einer Führung, in der die Funktionärschicht auf der unteren Ebene der Betriebe in der unmittelbaren Berührung mit dem Partner auf der Seite des Management ebenso ihre Funktion innehat und ihre Rolle spielt, wie der Stab von Fachbeamten, ohne die eine Gewerkschaftsorganisation heute nicht mehr auskommt, und wie die Spitzenführung in den einzelnen Verbänden und Dachorganisationen. Leider werden auch in sehr gründlichen organisationssoziologischen Arbeiten über die Führungsgruppen der Gewerkschaften die Unterschiede und die spezifischen Zusammenhänge im Aufbau dieser Führung nicht genügend berücksich-

tigt. So faßt zum Beispiel Hardman im Teil 8 des sehr beachtlichen Sammelwerkes von Hardman und Neufeld (Hardman, I. B. S. and Neufeld, M. F., *The House of Labor*, New York 1950) unter der Bezeichnung „Union-Staff“ Professionals, Leaders und Intellectuals als führende Spitzengruppe der Gewerkschaften zusammen.

Die großen Gewerkschaftsverbände treten handelnd auf allen Ebenen der Organisation auf. Eines der wichtigsten Probleme der Führung liegt darin, daß das Handeln der unteren Führungseinheiten auf betrieblicher Ebene — darauf weist auch Ginzberg hin — in zunehmendem Maße von den beamteten Stäben und von der Spitzenführung aus beeinflußt wird. Die relative Bedeutung der unteren Führungseinheiten liegt aber darin, daß ohne ihre Mithilfe das gewerkschaftspolitische Handeln nicht in Übereinstimmung mit dem Willen der Mitglieder und Belegschaften gebracht zu werden vermag. Die Führung gewerkschaftlicher Verbände ist daher in hohem Maße eine Angelegenheit verschiedener aufeinander abgestimmter Führungsgruppen, und die führenden Persönlichkeiten sind wesentlich stärker auf die Aktionsfähigkeit und den Consensus derartiger Gruppen angewiesen, als es bisher in der Literatur zum Ausdruck gebracht worden ist.

Wie bereits festgestellt, versucht Ginzberg im zweiten Teil seines Buches Daten über die soziale Herkunft, über den Bildungsgrad und über die Auslese von 627 Gewerkschaftsführern aus 10 großen amerikanischen Verbänden zu ermitteln. Er glaubt auf Grund seiner Unterlagen feststellen zu können, daß diese 627 Männer vornehmlich aus Hilfsarbeiterfamilien stammen — worauf er die antiintellektuelle Haltung der amerikanischen Gewerkschaftsführung zurückführt — und daß die Mehrzahl dieser Persönlichkeiten über eine sehr karge Schulbildung verfügen. Die Selbstbildung dieser Männer richtet sich nach seiner Auffassung nur nach den Bedürfnissen ihrer Organisation. Ginzberg verkennt dabei die große Bedeutung des Erfahrungswissens, das sich der Durchschnitt von unten auf emporgewählter Spitzenführung im Verlaufe der relativ langen Anlaufzeit bis zur Erreichung der hohen verantwortlichen Position erwirbt. Außerdem sind die Daten, die er ermittelt, nicht genau. Sie werden teilweise widerlegt durch die Ergebnisse der Untersuchung, über die Wright Mills („*House of Labor*“ 1/2 „*Leaders of the Union*“) zu berichten hat. Mills' Daten sind das Ergebnis einer Befragung, der ein weit besseres Sample von 219 AFL — und 169 CIO-Führern zugrunde liegt. Danach stammen 32 % dieser Persönlichkeiten aus der Gruppe *Free Enterprise*, 8 % aus der Gruppe *New Middle Class* und 60 % aus der Gruppe *Wage Workers*; zu 60 % sind diese Männer aber vor der Übernahme ihrer gewerkschaftlichen Funktionen gelernte Arbeiter und Vorarbeiter gewesen. Auch in bezug auf die Vorbildung kommt Mills zu wesentlich anderen Ergebnissen als Ginzberg; danach haben 80 % der CIO-Führer und 65 % der AFL-Führer eine höhere Schulbildung hinter sich.

Ginzberg meint in bezug auf die Auslese dieser Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenführungsgruppe, obgleich die Anwartschaft für alle Mitglieder die gleiche sei, könne nur ein eng begrenzter Kreis von Anwärtern die Auswahlkanäle passieren. Rednerische Fähigkeiten und eine gewisse Unbedenklichkeit und Stoßkraft, die auf Veränderung gesellschaftlicher Situationen gerichtet sei, böten die besten Voraussetzungen zum Aufstieg in diesen Organisationen. Damit wird aber nach meiner Auffassung, auch wenn man dabei die amerikanischen Verhältnisse in Rechnung stellt, ein Zerrbild der Verhaltensweisen des Durchschnitts dieser Menschen entworfen. Die Entscheidungsbefugnisse und die Verantwortung der führenden Persönlichkeiten und der Führungsgruppen, in denen sie handelnd auftreten, sind verhältnismäßig groß. Eine empirische Untersuchung der psychologischen und soziologischen Voraussetzungen des Führungshandelns dieser Menschen müßte aber in umfassender Sicht die Situation und die Beziehungen dieser Spitzenkräfte einer ganzen Reihe von Gruppen und Menschenkreisen gegenüber beachten: etwa der Mitgliederschaft, der Masse der Arbeitnehmer der Branche oder des Wirtschaftszweiges, der gewerkschaftlichen Spezialisten-Stäbe, der Führungsgruppen, zu denen sie selbst gehören, der Konkurrenten ihrer Organisation, der Verhandlungs- und Kampfpartner, bestimmter politischer Wirkungsgruppen und schließlich der öffentlichen Meinung. Otto Stammer - Berlin

Reichhold, Ludwig: *Europäische Arbeiterbewegung*. Zwei Bände. Frankfurt am Main 1953. Verlag Josef Knecht — Carolusdruckerei. Band I: XIV und 391 S.; Band II: 340 S.

Wie der Verfasser im Vorwort mitteilt, sind die Grundideen dieses Buches, das „im wesentlichen einer Selbstbestimmung der europäischen Arbeiterbewegung dienen will“ (S. VIII), bereits im Sommer 1938 in einer Artikelserie der Zeitschrift „Sudetendeutsche Arbeit“ niedergelegt und dann 1943 in Gesprächen mit Jakob Kaiser, Elfriede Nebgen, Wilhelm Leuschner, Josef Wirmer und Max Habermann vertieft und erweitert worden. Nach Reichholds Überzeugung ergeben sich aus den Elementen der Gegenwart Verständigungsmöglichkeiten zwischen den bisher getrennten Richtungen der Arbeiterbewegung, denn „die Entwicklung der letzten Jahre drängt zu einer spezifisch europäischen Definition der Arbeiterbewegung, die der geistige Boden sein wird, auf dem sich morgen alle jene Richtungen der Arbeiterbewegung finden werden können, die in irgendeiner Weise mit der Geschichte und der Idee des Abendlandes verbunden sind“ (S. VIII/IX).

Im I. Teil ist von den drei Wesensformen der Gesellschaft die Rede, der europäischen, amerikanischen und russischen. In einem weitgespannten Überblick geht der Verfasser hier den Strukturwandlungen der europäischen Gesellschaft nach und vergleicht diese mit den Gestaltungsbedingungen und -formen der amerikanischen und russischen Gesellschaft. Dabei bleibt es sein besonderes Anliegen, zu einer Typo-

logie der jeweiligen Arbeiterbewegungen zu gelangen. Der II. Teil ist der europäischen Arbeiterbewegung selbst gewidmet und beleuchtet zunächst den historischen und ideologischen Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Gesellschaft sowie den Klassencharakter der neuzeitlichen Gesellschaft. Reichholds Betrachtungen über die Grundelemente der europäischen Gesellschaft (S. 268 ff.) stellen, wie mir scheint, den geschichtskritischen Höhepunkt des ersten Bandes dar. Alsdann wird unter der Überschrift „Die Aktualisierung des Standes“ die Frage nach dem geistigen Sinn der Erscheinung des Arbeiters in der europäischen Geschichte aufgeworfen und dem sittlichen Gesetz der Arbeiterbewegung die geistige Desorientierung der Arbeiterschaft gegenübergehalten. Den Beschluß des ersten Bandes macht eine Untersuchung des totalen Staates, dem die mitteleuropäische Arbeiterbewegung im faschistischen Italien und im nationalsozialistischen Deutschland zum Opfer fiel. Hier tauchen einige Widersprüche auf, zumindest was manche Pointierungen betrifft: Zum Beispiel heißt es S. 391, dem totalen Staat liege ein geistiger (ideologischer) Antrieb zugrunde, während S. 386 gesagt wird, dem Nationalsozialismus sei es letztlich nur um die Sicherung der materiellen Existenz des deutschen Volkes gegangen. Auch ist im Interesse der Sache zu bedauern, daß gerade in diesem Abschnitt vom sowjetrussischen Totalstaat keine Notiz genommen wird, auch wenn der Verfasser davon ausgegangen sein mag, beim Studium der Arbeiterbewegung innerhalb der europäischen Gesellschaft dürfe (oder müsse vielleicht sogar) Rußland ausgeklammert werden. Für einen so weit ausholenden und sich unvermeidlich auf Schritt und Tritt mit dem Gesamtphänomen des Sozialismus befassenden Rück- und Ausblick muß eben an dieser Stelle des Werkes der Eiserne Vorhang ein objektiv untaugliches Isolierungsrequisit sein.

Gewiß hebt der Verfasser im III. Teil zu Beginn des zweiten Bandes auf die Mittler- und Mittelstellung Europas zwischen Rußland und Amerika ab, und es ist ihm vollauf zuzustimmen, daß die Arbeiterbewegung als eine spezifisch europäische Erscheinung zu gelten hat. Es hieße jedoch vor den Tatsachen die Augen verschließen, wollte man in Abrede stellen oder allzu leicht nehmen, daß der Weg von der Erweckung und Ausbreitung dieses europäischen Bewußtseins der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Konsequenz — und darum geht es ja dem Verfasser bei der „Selbstverständigung der europäischen Arbeiterschaft“ — nicht erst heute, aber nun und künftig in verstärktem Maße einer Gratwanderung durch die Kräftefelder der beiden weltpolitischen Machtblöcke gleichkommt und dies angesichts jenes inner-europäischen Gegensatzes, „zu dessen Mitträger die europäische Arbeiterschaft dadurch wurde, daß sie ihren historischen Konflikt mit der europäischen Gesellschaft zu einem weltgeschichtlichen steigerte“ (S. 26). Die „organische Demokratie“ als „politischer Ausdruck eines sozialen Gleichgewichts der Gesellschaft“ (S. 162 ff., 165) „unterbricht nicht die Kontinuität der europäischen Gesellschaft, sondern setzt sie auf einer höheren technischen Stufe fort“ (S. 192). Lebenswesen,

Ständestaat und „organische Demokratie“, denen als soziologische Voraussetzungen Grundbesitz, Werkzeug und Maschine zugeordnet sind, gelten Reichhold als die drei großen Stufen der Befreiung des europäischen Menschen, deren innere Zusammenhänge die Kontinuität der europäischen Gesellschaft ausmachen. Der IV. und letzte Teil, „Weltordnung als Ordnungsidee des Arbeiters“ betitelt, handelt von der geistigen und realpolitischen Defensivrolle Europas in der Gegenwart, vom Zwang zur Integration und vom „Ende des Imperialismus“, das nicht den Untergang eines Kontinents, sondern einer Klasse, nämlich des europäischen Bürgertums bedeutet (S. 254 ff.): „Europa ist mit dem Großbürgertum und seinem Kapitalismus nicht identisch . . . Der Arbeiter findet zu einer solchen Form der Weltherrschaft weder einen geistigen noch einen sozialen Zugang mehr. Sein Ethos ist . . . die Herrschaft über die Natur: eine geistige Herrschaft, die den Erdraum . . . als Ganzes zum Gegenstand hat und damit auch die Menschheit, deren klassenpolitische Aufspaltung im Zeichen dieser Herrschaft sinnlos geworden ist“ (S. 272 f.). Das Buch endet mit einer Würdigung der Aufbauprinzipien einer Weltgesellschaft, deren Mitte Europa bildet. Dabei „hat die europäische Arbeiterschaft die Aufgabe, der Vortrupp jener Weltgesellschaft der Zukunft zu sein“ (S. 339), nicht als Glied eines Weltproletariats, sondern als originäre europäische Figur (S. 333). „Die wahre Internationale ist die Internationale der Menschheit, . . . aber nur die europäische Arbeiterbewegung ist auf die Eigenständigkeit des Arbeiters begründet und hat dergetalt die Arbeiterschaft als den wesenhaften gesellschaftlichen Träger einer wahren Menschheitsordnung herausgestellt“ (S. 340).

Reichholds Werk wirft entscheidende sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Probleme auf und beeindruckt durch die von profundem Wissen getragene synoptische Darstellung vom Werden, Beharren und Vergehen gesellschaftlicher Formen und Rangordnungen. In seiner methodisch-kritischen Anlage verrät das Buch mitunter sehr deutlich eine in ihrem bewußten oder unbewußten Ursprung kaum zweifelhafte dialektische Grundhaltung, die axiomatisch alsdann auch auf dem doppelten Boden einer Überbau-Unterbau-Architektur ihre Standfestigkeit beweist, aber ebenso gegebenenfalls bei der Hand ist, ideengeschichtlich tragfähigere Bauteile einzufügen. Besonders betont tritt diese Wendung zum historischen Idealismus, wie zu erwarten ist, dort hervor, wo der Verfasser die abendländische und universale Bedeutung des Christentums darlegt. Reichhold betont im Vorwort, daß er mit seiner Sicht der Dinge nur für sich selbst eintreten kann; aber man möchte meinen, daß sein Werk wohl unversehens, dafür jedoch um so fraprierender das geistige Ringen und die gesellschaftspolitische Gesamtsituation der Arbeiterbewegung beleuchtet hat. So darf dieser Anlauf einer historischen Ortsbestimmung der europäischen Arbeiterbewegung das zweifache Verdienst beanspruchen, ihre konstruktiven Kräfte zu ermutigen und vor Täuschungen zu bewahren.

Antonio Montaner - Mainz

Strauss, Walter: *Wirtschaftsverfassung und Staatsverfassung* (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 165). Tübingen 1952. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 22 S.

Die vorliegende Veröffentlichung gibt unverändert einen Vortrag wieder, der am 5. Oktober 1948 in München vor dem Hauptausschuß der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gehalten worden ist. Er kann auch heute noch wegen seiner grundsätzlichen Ausführungen das Interesse sowohl der Nationalökonomien wie der Wirtschaftsrechtler und darüber hinaus der Sozialphilosophen beanspruchen, behandelt er doch im Rahmen konkreter historischer, aber auch aktueller Darlegungen das Thema Wirtschaft und Staat. Wenn der Verf. dabei behauptet, daß das Jahrhundert zwischen den Napoleonischen Kriegen und dem ersten Weltkrieg seine Aufmerksamkeit auf andere Fragen richtete als die des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft, so möchte ich mir Nationalökonom erlauben, darauf hinzuweisen, daß doch eine ganze Reihe von hervorragenden Wirtschaftsdenkern, insbesondere aus der Schmoller-Schule (es sei beispielsweise nur auf Kurt Wiedenfeld hingewiesen) das vorliegende Thema ausgiebig erörtert haben. Bei seinem Begriff der Wirtschaftsverfassung stellt Str. auf drei Fragenkomplexe ab: Markt-, Eigentums- und Betriebsverfassung. Daß er dabei die zwischen Freiheit und Gebundenheit liegenden Probleme unserer heutigen deutschen Wirtschaftslage in den Mittelpunkt rückt, ist im Hinblick auf die Aktualität der Schrift besonders dankbar zu begrüßen. Was das Problem der Betriebsverfassung anbelangt, so kommt er zu dem Ergebnis, daß eine moderne Betriebsverfassung „unabhängig von der Politik und namentlich von der Parteipolitik gestellt werden muß“.

Friedrich Bülow - Berlin

Krelle, Wilhelm: *Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen*. Meisenheim/Glan 1953. Westkulturverlag Anton Hain. 250 S.

Es war seit jeher das Anliegen der ökonomischen Theorie, alle Einzelweige in einer geschlossenen Theorie der Wahlakte oder Verhaltensweisen zusammenzufassen, um sie auf eine einheitliche allgemein anerkannte Grundlage zu stellen. Von Walras und Pareto bis Hicks und Samuelson reichen diese Versuche und das Bestreben, als mögliche Zielsetzung wirtschaftlichen Verhaltens nicht nur das rein ökonomische Nützlichkeitsstreben, sondern auch „außerökonomische“ Bestrebungen, gleichgültig welcher Art, anzuerkennen.

Die vorliegende Abhandlung hebt sich aber von den bisherigen Lösungen insofern ab, als hier zum erstenmal (soweit ich sehen kann) die Theorie wirtschaftlichen Verhaltens für alle Wirtschaftssubjekte, nicht nur für die Haushaltungen, bei denen es schon üblich ist, sondern auch für die Produktionswirtschaften, die Banken und den Staat, auf die allgemeinste Fassung des Rationalprinzips zurückgeführt und nicht

irgendeine spezielle Zielsetzung unterlegt wird, die ja nur empirisch zu erfassen ist.

Diese von allen zeitlich wechselnden Verhaltensweisen unabhängige Handlungsmaxime lautet in der hier vorgetragenen Formulierung: Jeder handelt in jedem Augenblick so, daß er auf Grund der gegebenen Ausgangssituation und der Zukunftserwartungen die ihm am günstigsten erscheinende Lage gewinnt (S. 10). Jede Wirtschaftsperson wird also, bewußt oder unbewußt, auf Grund der ökonomischen Ausgangslage, unter Berücksichtigung der Zukunftserwartungen und unter Einbeziehung aller wägbaren und unwägbaren Faktoren, aus der Zahl der möglichen die ihm am günstigsten erscheinende Kombination von Käufen, Verkäufen, technischen Verfahren usw. auswählen, sie trägt eine „indizierte Tabelle des möglichen Wirtschaftsverhaltens“ in sich, auf der sie das höchstmögliche Niveau realisiert.

Der Verfasser zeigt nun, daß sich dieses Niveau als Funktion gewisser ökonomischer Größen, die in den Verhaltenskombinationen erscheinen, anschreiben läßt. Es sind dies die von dem Wirtschaftssubjekt in der nächsten Periode zu kaufenden und zu verkaufenden Mengen an Gütern aller Art, die dafür hinzugebenden (bzw. zu empfangenden) Geldmengen und die anzuwendende technische Kombination. Darüber hinaus wird die Indizierung noch von weiteren Faktoren abhängig sein, so von den Ausgangsbeständen, den erwarteten zukünftigen Beständen, den erwarteten Kaufs- bzw. Verkaufsmengen und den zugehörigen Geldmengen bis zum ökonomischen Horizont, sowie von allen psychischen, sozialen, ethischen Erwägungen überhaupt. Zwar werden in der mathematischen Darstellung nur die ökonomischen Einflüsse auf diese Indizierung explizit aufgeführt — da ja nur sie als Größen in Erscheinung treten — aber die nichtökonomischen Faktoren sind in der mathematischen Form der Funktion (symbolisiert in dem Niveaufunktionszeichen) gleichfalls voll mitberücksichtigt.

Der formale und allgemeine Charakter dieser Niveau- (oder Index-) funktion wird besonders dadurch deutlich, daß sich aus ihr die bekannten Grundfunktionen anderer theoretischer Systeme ableiten lassen. So kann die Niveauhöhe beispielsweise bei Konstanz aller übrigen Größen als Funktion einer jeden der oben angeführten Variablen dargestellt werden. Wir erhalten dann den Nutzen aus dem Kauf, Verkauf, technischen Verfahren usw., wobei diese Nutzenfunktionen wiederum nicht nur die ökonomischen, sondern auch die außerökonomischen Erwägungen repräsentieren, die aus den Kauf- bzw. Verkaufsumständen usw. herrühren. Für jede Niveauhöhe ist aus der Niveaufunktion auch ein vollständiges Indifferenzkurvensystem zu gewinnen, indem man bei konstanter Niveauhöhe und Konstanz aller übrigen Größen von zwei herausgehobenen Variablen die eine als Funktion der anderen darstellt. Dasselbe gilt für die vom Verfasser neu eingeführten Gegenwertfunktionen. Es sind dies Indifferenz-

kurven, bei denen ein Gut das Geld ist, so daß die „Gegenwertfunktion die Menge eines Gutes mit den Geldmengen verbindet, die die betreffende Wirtschaftsperson für sie zu zahlen bereit ist, wobei sich ihr Niveau nicht ändert“ (S. 33) und alle übrigen Größen konstant bleiben. Es läßt sich ferner zeigen, daß der Übergang von Gegenwert- zu Nutzen- und Indifferenzfunktionen und umgekehrt in einfacher Weise über die Niveaufunktion zu vollziehen ist, da diese Beziehungen nichts weiter als besondere Erscheinungsformen der Niveaufunktion darstellen und in ihr enthalten sind. Das ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil hierdurch die nicht quantifizierbaren Eigenschaften, z. B. der Nutzenfunktionen, in Gegenwertfunktionen überzuführen und damit quantitativ zu bestimmen sind.

Einen etwas anderen Charakter tragen allerdings die manchen theoretischen Systemen zugrunde liegenden Angebots- und Nachfragebeziehungen. „Sie umfassen von allen möglichen Verhaltensweisen nur diejenigen, die den höchsten Niveauindex haben“ (S. 48). Ein vollständiges Angebots- und Nachfragesystem für ein Gut ist also mit der Niveaufunktion nicht gleichbedeutend; es lassen sich aber, wie gezeigt werden kann, Angebots- oder Nachfragebeziehungen aus einem vollständigen System von Nutzen-, Gegenwert- o d e r Indifferenzfunktionen ableiten, und umgekehrt aus einem vollständigen Angebots- oder Nachfragesystem eines Gutes alle am höchsten indizierten Kombinationen; dagegen nicht die Niveaufunktion, die ja auch die nicht-optimalen Möglichkeiten des Wirtschaftsverhaltens umfaßt.

Die Aufstellung solcher formalen Beziehungen wäre bedeutungslos für die Analyse des wirtschaftlichen Verhaltens, wenn über Gestalt und Veränderung der Niveaufunktionen nichts ausgesagt werden könnte. Zwar entscheiden die Wirtschaftssubjekte über die Gesichtspunkte der Indizierung und damit auch den Verlauf der Niveaufunktionen nach freiem Willen, aber diese „Entscheidung ... erfolgt auf Grund der physischen und psychischen Eigentümlichkeiten der Menschen“ und der technisch-naturgesetzlichen Zusammenhänge, „dann aber auch auf Grund der Bedingungen der gesellschaftlichen, religiösen, politischen Lage und der persönlichen Verhältnisse“ überhaupt (S. 21). Diese Determinanten der Wahlakte mögen „dem einzelnen unbewußt sein und in ihrer individuellen Vielfalt sich der theoretischen Behandlung beim einzelnen Wirtschaftssubjekt entziehen — für die gesamte Wirtschaftsgesellschaft ist das bestimmt nicht der Fall, so daß sich Regeln über das Verhalten durchaus aufstellen lassen“. (S. 21.) Es könnte ja auch keine Wissenschaft vom Menschen geben, wenn das menschliche Verhalten völlig unbestimmbar wäre.

Ziel der „Theorie wirtschaftlicher Verhaltensweisen“ ist daher die Bestimmung der Niveaufunktion einer Wirtschaftsperson, denn ist diese bekannt, so ist auch ihr Verhalten bestimmt. Allerdings müssen, damit eine Verhaltensweise möglich ist, noch verschiedene Nebenbedingungen erfüllt sein, deren wichtigste neben dem Einverständnis

der Partner (das aus deren Niveaufunktionen zu erkennen ist), die Liquiditätsbedingungen, die Kenntnis der Güterarten, der Partner und der technischen Verfahren ist. (S. 26.) Dieser Verlauf der Niveaufunktion ist aus bekannten Gründen zwar nicht für eine konkrete Wirtschaftsperson, wohl aber in großen Zügen für jede Art von Wirtschaftssubjekten allgemein festzulegen. Der Verfasser untersucht daher in den folgenden Abschnitten die Bestimmungsgründe für dieses charakteristische Verhalten, wobei er zwar in herkömmlicher Weise vier Arten von Wirtschaftspersonen unterscheidet (Haushalte, Produktionsunternehmen, Banken, Staat), im Rahmen dieser Abhandlung aber ausführlich nur die Eigenschaften der Niveaufunktionen der Haushalte und Produktionsunternehmungen behandelt, um abschließend zum wirtschaftlichen Gesamtsystem überzugehen.

Die Bestimmung dieser Niveaufunktionen des Haushalts (der Lebensniveaufunktion) und der Produktionsunternehmung (der allgemeinen Gewinnfunktion) verlangt die Einbeziehung weiterer Größen. Vor allem müssen die zeitlichen Modifikationen, die Zeitdauer der Arbeits-, Pacht-, Kreditverhältnisse und die möglichen Kündigungsstermine Berücksichtigung finden, dann aber auch die Angebots- bzw. Nachfragearten (Preis- oder Mengenfixierung), Barzahlungsquote, Standort und für die Produktionsunternehmung die technische und ökonomische Kombination, um nur die wichtigsten zu nennen. Auch mit Hilfe dieser zusätzlichen Variablen läßt sich die einzelne Niveaufunktion nicht in ihrem ganzen Verlauf bestimmen, wohl aber ihre wesentlichen Eigenschaften, wobei es gleichgültig und eine reine Zweckmäßigkeitsfrage ist, ob diese Eigenschaften durch Nutzen-, Gegenwert- oder Indifferenzfunktionen (in gewissen Fällen auch durch Angebots- und Nachfragefunktionen) wiedergegeben werden.

Die Ausführungen des Verfassers münden hier in die bekannte Darstellung der Theorie des Haushalts und der Produktionsunternehmung ein, wie sie von Hicks, Schneider, Stackelberg u. a. her bekannt ist, durch ihre Ausrichtung an dem grundlegenden Gesichtspunkt der Charakterisierung der Niveaufunktion aber einen abgerundeten und geschlossenen Eindruck hinterläßt. Das gleiche gilt für die Darstellung des Gesamtsystems. Hier wird gezeigt, daß ein gesamtwirtschaftliches Gleichungssystem bei gleichzeitiger Maximierung aller Niveaufunktionen und Übereinstimmung aller Güter- und Geldmengen der zugeordneten Käufer- und Verkäuferpaare auch ohne die einschränkenden Voraussetzungen des Walras-Paretianischen Systems prinzipiell lösbar ist, eine eindeutige Lösung allerdings nur dann vorliegt, wenn nicht bei jedem Käufer-Verkäuferpaar sowohl Preis als auch Menge veränderlich sind, sondern der Preis wenigstens für eine Marktpartei eine gegebene Größe darstellt, die volkswirtschaftlichen Umsätze also nicht in Form isolierter Tauschakte getätigt werden.

Das Ganze ist durchsetzt von neuen und tieferen Einsichten in das Geflecht der wirtschaftlichen Beziehungen, eine Erweiterung unserer

Erkenntnisse und in vieler Hinsicht leichter zugänglich als die entsprechenden Ausführungen in Samuelsons „Foundations . . .“. Pädagogisch geschickt wird die vorgetragene Theorie in jedem ihrer Teile am Beispiel einer Verhaltenskartothek aufgezeigt, die auch dem mit der mathematischen Methode nicht vertrauten Leser die grundlegenden Zusammenhänge recht anschaulich vor Augen führt. Was den mathematischen Anhang anbetrifft, so bietet dieser, ohne an die mathematischen Kenntnisse große Anforderungen zu stellen, vor allem zum I. und IV. Teil eine knappe, aber vollständige Zusammenfassung der Theorie der Niveaufunktionen und des Gesamtsystems. Vielleicht ließe sich diese Vollständigkeit in einer künftigen Auflage im Interesse des Lesers auch auf die übrigen Abschnitte ausdehnen.

Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Diskussion um ein geschlossenes mikroökonomisches Lehrsystem durch diese Veröffentlichung von neuem angeregt wird. Gerhard Mangold - Berlin

Kneschaurek, Francesco: *Der schweizerische Konjunkturverlauf und seine Bestimmungsfaktoren*. Dargestellt auf Grund der Periode 1929 bis 1939. (Veröffentlichungen der Handels-Hochschule St. Gallen, Reihe A, Heft 30.) Zürich und St. Gallen 1952. Polygraphischer Verlag A.G. XVI, 265 S.

Speziell L. A. Hahn geißelte während der letzten Jahre mehrfach die Irrealität der Konjunkturprognosen, außerordentlichen Wert sprach er lediglich der Konjunkturbeobachtung zu, weil sie — im Gegensatz zur Prognose, die, um sich der liebenswürdig-satirischen Ausdrucksweise von E. Wagemann („Welt von Morgen“, Düsseldorf 1952/53, S. 144) zu bedienen, „eben mit Wasser“ kocht — dem Unternehmer doch Anhaltspunkte zur Ausrichtung seiner subjektiven Antizipation biete. Dadurch, daß sich die Kassandrarufer der Wirtschaftspropheten auch in der Regel immer wieder als Phantasterei entpuppten, wollten freilich nicht zuletzt schweizerische Geschäftskreise noch nach Abklingen des Korea-Booms kaum an einen jähen Unterbruch der Hochkonjunktur glauben, obwohl die Wirtschaft der Schweiz von Ende 1951 ab nicht mehr einheitlich gut beschäftigt war. Der registrierte Unterschied im Beschäftigungsgrad bildete hingegen für den eidgenössischen Bundesrat alsbald Material genug, um vor Fehldispositionen zu warnen, indem an die Krisis des Baugewerbes nach 1932 erinnert wurde (vgl. Die Gefahren der gegenwärtigen Wirtschaftslage, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 53 vom 23. 2. 1952). Man hat also mit keinem Wort wie gewöhnlich sonstwo auf die weltweite Depression der Jahre 1929—1932 angespielt und hierdurch eo ipso aufgefrischt, daß der schweizerische Konjunkturzyklus der dreißiger Jahre nicht in sämtlichen Phasen parallel mit dem der Weltwirtschaft abrollte. Um so mehr dürfte im derzeitigen unübersichtlichen Entwicklungsstadium (vgl. hierzu E. Böhler, Die gegenwärtigen Wirtschaftsaussichten, ebenda, Nr. 80 vom 22. 3. 1953) die von Kneschaurek

mit dem einschlägigen wissenschaftlichen Rüstzeug und geschultem Fingerspitzengefühl für die Empirie geleistete Untersuchung einer sorgsam durchsichtigen gewiß sein.

Der Leser wird sich wahrscheinlich auch zuerst auf den graphischen Vergleich des Konjunkturverlaufes der Schweiz und strukturverwandter Länder konzentrieren, und dieses Diagramm prägt nicht bloß ein, in welchem Ausmaße der zeitliche Rhythmus und die Schwankungsbreite der schweizerischen Konjunktur gegenüber dem — abgesehen von Deutschland ab 1934 — ziemlich übereinstimmenden Zyklus der übrigen Volkswirtschaften divergierten (S. 88 ff.), vielmehr stützt es den sinnvollen und zweckmäßigen Gedanken des Verfassers, die absonderliche Konjunkturbewegung in drei in sich verschiedene Perioden zu zerlegen. Daß in der „Niedergangsperiode“ 1929—1932 die Gesamtkonjunktur nicht das gleiche katastrophale Debakel erlebte, das über die anderen Länder hereinbrach, ist — ebenso wie auch in Frankreich — der relativ stabilen Tendenz auf dem Binnenmarkt einschließlich der öffentlichen und privaten Bautätigkeit zu verdanken (S. 115, 134 ff. und 145 ff.). Die schweizerische Ausfuhr war aber in dem Zeitabschnitt wohl effektiv mit noch höheren Verlusten verknüpft, als Knescharek annimmt (S. 116). Denkt man an die zahllosen Insolvenzen ausländischer Importeure, so steht außer Frage, daß in jenen Jahren der ausgewiesene Wert des Exports keinesfalls dem tatsächlichen Ausfuhrerlös gleichgesetzt werden kann. Während nun der Konjunkturtrend in den Ländern mit ähnlicher Produktionsstruktur 1933 wieder zu steigen anfang, setzte sich die Kontraktion der schweizerischen Wirtschaft in allerdings gemäßigteren Bahnen bis 1936 fort, ohne jedoch dem drei Jahre vorher von den sonstigen Ländern notierten Tiefpunkt nahe zu kommen. Die „Stockungsperiode“ äußerte sich darin, daß der Export nahezu vollkommen stagnierte, der Konsum trotz staatlicher Schutz- und Stützungsmaßnahmen abflachte und, wie erwähnt, die Bauwirtschaft einem schnell wachsenden Rückschlag verfiel (S. 154 ff., 171 ff. und 184 ff.). Und da nach der Abwertung des Franken die Schweiz ebenfalls an der allgemeinen Konjunkturerholung teilnahm (S. 189 ff.), obgleich inzwischen Protektionismus und Devisenbewirtschaftung den Welthandel erschwerten (S. 128 ff. und 160 ff.), kann auch von der „Aufschwungsperiode“ rückblickend gar nicht an dem Niederschlag in der Schrift gedeutet werden, wonach die großenteils vom Export abhängige und deshalb sowieso autonomer Konjunkturpolitik nur begrenzt zugängliche Wirtschaft infolge der räumlichen Auflockerung der Industrie, des Vorherrschens von Klein- und Mittelbetrieben, der Verwurzelung der Mehrzahl der Arbeitnehmer mit der Landwirtschaft und des der Bevölkerung inhärenten Sparsinnes mehr Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit besessen habe als manche andere Volkswirtschaft (S. 99 ff., 105 ff., 219 f. und 224). In Anbetracht der Prosperität in und nach dem Kriege einerseits und der eingangs zitierten Mahnung des Bundesrates andererseits

fragt es sich immerhin, ob die aufgezählten Faktoren nach wie vor unverändert wirksam sind, und die Frage beantwortet derselbe Verfasser in einem Aufsatz über die neueren „Entwicklungstendenzen in der schweizerischen Wirtschaft“ (Wirtschaft und Recht, 4. Jahrg., 1952, S. 285 ff.) dahin — vermutlich dürfte die gleiche Erkenntnis auch im Motiv des bundesrätlichen Appells mitgespielt haben —, daß die Krisenempfindlichkeit in den zurückliegenden Jahren durch erhöhte betriebliche und regionale Konzentration der Industrie, Ausbau der Kapital- und Luxusgüterindustrien sowie Verstädterung der Arbeitnehmerschaft beachtlich intensiviert worden sei. Die industrielle Zusammenballung in einzelnen Städten hat zudem bereits vorher P. Ulrich (Der Standort der schweizerischen Industrie, Bern 1951, S. 134) zur Befürwortung standortpolitischer Vorkehrungen bewegt.

Arthur Dissinger - Ravensburg

Müller-Ohlsen, Lotte: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Frankreichs*. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 22). Kiel 1952. VII, 205 S., 8 Schaubilder.

Als P. Reynaud vor etlichen Monaten Frankreich den „kranken Mann“ von Europa nannte, ging es ihm darum, die einzig durch das allmächtige Regime der Nationalversammlung verewigte Schwäche und Unstabilität der Regierung öffentlich anzuprangern. Nur mittels Reformierung des Staatslebens, das war sein Rezept, könnten Finanzen, Währung und Wirtschaft saniert werden. Manche Kommentare zur jüngsten Europapolitik, die vornehmlich die Paradoxie glossieren, nämlich daß Frankreich den Aufbau der westeuropäischen Gemeinschaft inspiriert hat, selbst aber dessen Perfektion immer wieder hinausögert, sind auch, was die beim Heilungsprozeß von Frankreichs Misere erfolgversprechende Behandlungsmethode anbelangt, auf dieselbe Meinung abgestimmt, indem sie noch ausdrücklich unterstreichen, die Konstitution des französischen Wirtschaftskörpers sei an sich völlig gesund. Ob dieser Befund der Wirklichkeit gerecht wird und wo eigentlich Krankheitsherde nisten, darüber belehrt gewandt und ergiebig die Verfasserin, soweit die Fakten bis zu Beginn des Jahres 1952 statistisch erfaßbar gewesen sind. Die Schrift gehört unbedingt zu den besten Arbeiten, die sich der gleichen Themenstellung über andere Nationalwirtschaften verschrieben haben. Der vermittelte tour d'horizon hätte allerdings, wie freilich nicht im Sinne kritischer Einschränkung konstatiert sei, noch an Gesicht gewonnen, wenn einzelne Hintergründe, die zur Malaise des Gros der französischen Bevölkerung in Kontakt stehen, weiter ausgeleuchtet oder überhaupt angedeutet worden wären.

Vermissen mag man zunächst die Apostrophierung des unheilvollen Einflusses der privatwirtschaftlichen Interessen auf die Parteipolitik, die ihrerseits wieder durch Abwälzung der Pression auf die Regierung

das Land von einer Krisis des Ministerkabinetts in die andere stürzte und damit die dringend notwendige Kontinuität der Staatspolitik unterband. So hat vor allen Dingen der Binnenhandel, der, wie die Verfasserin in Kürze bemerkt, mehr oder weniger offen kartelliert und stark übersetzt ist (S. 102 und 136) — 1952 gab es nach A. Pinay 300 000 Zwischenhändler zuviel — und der 1950 am Volkseinkommen mit 24. v. H. beteiligt gewesen sein soll gegen 16 v. H. im Jahre 1938 (vgl. A. Frisch, *Der Warenverteilungsapparat in Frankreich*, Wirtschaftsdienst, 33. Jahrg., 1953, S. 513), bislang noch jede staatliche Preissenkungsaktion zu sabotieren vermocht; er zehrte indessen nicht allein an der Kaufkraft der Konsumenten, sondern insofern auch am Staatshaushalt, als er, begünstigt durch seine Betriebsstruktur, d. h. die Überzahl von Kleinbetrieben, bei der allseits verbreiteten Steuerhinterziehung den Rekord hielt (vgl. *Die Steuerdefraudation in Frankreich*, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 161 vom 14. 6. 1953). Daß in der vorliegenden Schrift im Zusammenhang mit dem Bemühen um Hebung der Spartätigkeit die von der Regierung Pinay geplante — und später erlassene — Steueramnestie gestreift wird (S. 123), über deren Ergebnis im übrigen nie etwas bekannt geworden ist, genügt zwar wohl zur Substantiierung eines Rückschlusses auf die Steuermoral im allgemeinen; um sich von deren Tiefstand und Auswirkung ungefähr einen realen Begriff machen zu können, hätte jedoch schon eingeschaltet werden müssen, daß die vordem hinterzogenen Gelder insgesamt auf einige Hundert Milliarden Franken jährlich geschätzt wurden. Die Vergegenwärtigung derartiger Summen empfiehlt sich ferner deswegen, weil in diesem „Schwarzgeld“, sofern es nicht einfach in den legendären Sparstrumpf wanderte, des Rätsels Lösung gesucht werden muß, woher zumeist die in die Gold- und Devisenhortung oder nach dem Ausland geflossenen Kapitalien stammten. Psychologisch kann das Finanz- und Währungsphänomen abträgliche Phänomen, das im letzten Grunde eben eine Ausgeburt des individuellen Sicherungsbedürfnisses gegen die Defizitwirtschaft des Staates und die chronische Inflation ist, schwerlich so imposant auf seinen Ursprung zurückgeführt werden wie mit der schlichten Paraphrase von L. Baudin (*La monnaie et la formation des prix*, Les éléments, 2. Aufl., Paris 1947, S. 558): „Le Français est épargnant, les pouvoirs publics le rendent thésauriseur“. Über den Kausalnexus ist sich auch die Verfasserin ganz und gar im klaren (S. 124); desto mehr wäre gerade dort, wo die von der Regierung ab Ende 1948 ergriffenen antiinflationistischen Maßnahmen sowie die Folgeerscheinungen auf dem Pariser Gold- und Devisenmarkt geschildert werden (S. 113 f.), der Erwähnung Wert gewesen, daß neben der natürlichen Reaktion des Goldbesitzers der „Fonds de Stabilisation“ — entgegen den damaligen Vorschriften des Internationalen Währungsfonds — durch Intervention auf dem Markte zeitweilig dem Rückgang des freien Goldpreises und dem teilweisen Abstoßen von Hortgold nachgeholfen hat

(vgl. hierzu Banque de France, Exercice 1950, S. 16). Da dieses behördliche Eingreifen erst ins Licht rückt, welchen Rang der private Goldschatz in den währungspolitischen Überlegungen einnahm — und noch immer einnimmt —, hätte die Skizzierung jener Stabilisierungsperiode außerdem des Zusatzes von Angaben über den Wert des unproduktiven Hortes bedurft, wiewohl es sich dabei lediglich um vage Schätzungen — die BIZ (19. Jahresbericht, S. 167) bezifferte den Wert des im Privatbesitz befindlichen Goldes auf 2,5 bis 3 Milliarden Dollars — handeln kann. Dem Stabilisierungsfonds fehlten überdies die Mittel, um das aufgespeicherte Barren- und Münzgold einschneidend mobilisieren zu können; doch selbst die von der Regierung Pinay 1952 aufgelegte Goldanleihe, durch die eine nachdrücklichere Liquidation der Horte bezweckt und erhofft wurde, hat bekanntlich keine Bresche von Format in die Vorliebe der Franzosen für ihre alte Goldmünze geschlagen. Allem Ermessen nach wird auch der eingefleischte Hang am gelben Edelmetall erst dann einer währungspolitisch bedeutsamen Eindämmung anheimfallen, wenn die Staatsraison unter strikter Voranstellung des Gesamtwohles die Wirtschaft in einen dauerhaften Gleichgewichtszustand zu versetzen vermag.

Arthur Dissinger-Ravensburg.

Heecht, Hugo: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Norwegens*. 48 S. — Arnim, Wolf von: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Dänemarks*. 65 S. — Wander, Hilde: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Islands*. 41 S. — Bonner, Josef: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Österreichs*. 64 S. — Pfeifer, Gerhard: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft der Niederlande*. 41 S. (Kieler Studien, Forschungsberichte des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Fritz Baade, Nr. 8, 9, 10, 13, 14.) Kiel, Institut für Weltwirtschaft.

Es ist vielleicht ein Nachteil, daß diese Monographien nicht durchweg nach einem bestimmten Schema gegliedert sind, was die Vergleichbarkeit der Wandlungen und der Art der Lösungen der Probleme erleichtert hätte. Die abschließenden Kapitel sind jedoch so gestaltet, daß bezüglich der neuen Stellung der Länder in der Europawirtschaft sich ein gut orientierendes Bild abhebt.

Norwegen wird, wie Heecht sagt, dank seiner billigen Energiequellen und seiner verhältnismäßig reichen Bodenschätze auf bestimmten Produktionsgebieten besondere Standortsvorteile in der europäischen Wirtschaft für sich buchen können. Mit Rücksicht auf die geringe Bevölkerungszahl liegen die Entwicklungsmöglichkeiten vor allem in kapitalintensiver Richtung. Einheimischer Kapital- und auch Arbeitermangel bilden Engpässe, die im Falle der Liberalisierung der Wan-

derungsbewegungen wie einer europäischen Währungsunion der norwegischen Wirtschaft neue Impulse vermitteln können.

Dänemark ist seit mehr als zwei Generationen ein ausgesprochenes Welthandelsland. Es war die Speisekammer für die dichtbevölkerten Gebiete Westeuropas und dürfte auch diese Stellung wieder einnehmen. Es setzt dessenungeachtet die schon Anfang der 30er Jahre begonnene Industrialisierung fort, wobei es sich in sehr überlegter Weise vorwiegend der Ausdehnung der Industriezweige widmet, die schon vor dem Kriege konkurrenzfähig waren. v. Arnim weist schließlich darauf hin, daß für Dänemark die Lösung des Dollarproblems von Bedeutung ist. Eine Einengung der Außenhandelsmöglichkeiten durch Währungs- und Zollschwierigkeiten würde zwar vom dänischen wie europäischen Standpunkt aus ungünstig zu beurteilen sein, dürfte aber nach Ansicht des Verfassers in Dänemark ein Land finden, das sich mit diesen Möglichkeiten zurechtfinden werde, was die Nachkriegszeit bisher bewiesen habe.

Island ist durch den Krieg in eine ernste wirtschaftliche Krise geraten. Seine Wirtschaft ist in ganz anderem Maße wie etwa die Norwegens abhängig von den Erträgen des Fischfangs. Hilde Wander weist darauf hin, daß die außerhalb der Fischwirtschaft vorgesehenen Projekte im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungskraft sehr umfangreich und nicht immer wirtschaftlich seien. Die Erhaltung des in letzter Zeit erreichten Lebensstandards werde daher auf Kosten der Leistungskapazität der neuen Investitionen gehen müssen.

Österreichs Wirtschaft hat neben allgemeinen europäischen Schwierigkeiten vor allem unter den Disproportionalitäten seines Wirtschaftsgefüges zu leiden. Bonner sieht in der Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion eine Möglichkeit, die gegenwärtige Belastung der Zahlungsbilanz durch umfangreiche Nahrungsmitelein-fuhren zu reduzieren. Der weitere große Einfuhrbedarf könne durch Exportleistungen besonders seiner traditionellen Exportindustrien finanziert werden. Allerdings müsse deren veralteter Produktionsapparat überholt werden. Das umfangreiche Handelsdefizit mit den USA könnte schließlich durch eine Verlagerung der Nahrungsmittel-einfuhren nach den osteuropäischen Staaten reduziert und dort industrielle Absatzmärkte erschlossen werden.

Die niederländische Wirtschaft war vor dem Weltkrieg in starkem Maße von dem Umfang der niederländisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen abhängig. Ein Fünftel der niederländischen Einfuhr und 15 % ihrer Ausfuhr machten diese aus. Rund 10 % ihres Volkseinkommens stammte aus ihren reichen ostindischen Kolonien. So sah sich, wie Pfeiffer zutreffend sagt, die niederländische Wirtschaft vor große Aufgaben gestellt, um den Lebensstandard der fortwährend wachsenden Bevölkerung aufrechtzuerhalten und zu sichern. Bei dem in Angriff genommenen großen Industrialisierungsprogramm handelt es sich aber nicht um ein solches schlechthin, sondern um die Entwick-

lung der Wirtschaftszweige, die innerhalb des europäischen Wirtschaftsgefüges einer ökonomisch richtigen Arbeitsteilung entsprechen.

Es ist dankbar zu begrüßen, daß das Kieler Institut durch die Herausgabe derartiger Untersuchungen auch weiteren Kreisen zur Beurteilung der europäischen Problematik zuverlässige Unterlagen zur Verfügung stellt.

Walter Hoffmann - Bonn

Bismarck-Osten: Ferdinand von: *Strukturwandlungen und Nachkriegsprobleme der türkischen Volkswirtschaft.* (Kieler Studien, Forschungsberichte des Institutes für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 16.) Kiel 1951. VI, 104 S.

Dem türkischen Etatismus ist wohl der Ausbau einzelner Industriezweige gelungen, aber dadurch, daß die Landwirtschaft als die Hauptstütze des Exports so gut wie nicht gefördert wurde, andererseits die Einfuhr von Maschinen und Rohstoffen für industrielle Zwecke in den ersten Nachkriegsjahren ständig zunahm, geriet die Handels- und Zahlungsbilanz nach mehrjähriger Aktivierung ab 1947 in ein chronisches Defizit. Was Wunder, wenn unter dem Einfluß der ECA in dem Long-termprogramm das Schwergewicht der geplanten Investitionen dem Verkehrswesen zugeordnet worden ist. Denn von der Dichte des Verkehrsnetzes hing sowohl die Erschließung der mineralischen Bodenschätze als auch die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion ab. Der Investitionsplan berücksichtigte obendrein die maschinelle Ausrüstung von Bergbau und Landwirtschaft erheblich mehr als die der Industrie. Als nun noch im Sommer 1950 der Preisaufrtrieb, der die mit der Abwertung des türkischen Pfundes im Herbst 1946 erhoffte Belebung der Ausfuhr zu einem guten Teil vereitelt hatte, nicht nur gebremst, sondern zurückgeschraubt werden konnte, schien auch dieser neuralgische Punkt der türkischen Wirtschaft überwunden zu sein. Der Verfasser der instruktiven Schrift hatte also allen Grund zu der Konzeption, daß die Türkei „das Bild einer nahezu idealen wirtschaftlichen Ergänzung innerhalb des Marshallplanraumes“ biete (S. 92). Mit Abkehr von der einseitig orientierten Wirtschaftspolitik und Durchführung der Planmaßnahmen erfuhren in der Tat Agrarerzeugung und Mineralienabbau eine kräftige Stimulation, und die daraus resultierende Ertragsexpansion schlug sich wiederum — begünstigt durch die Korea-Hausse — in einem ungewöhnlichen Aufschwung der Ausfuhr nieder. So verdrängte Baumwolle, die vor 1948 kaum exportiert worden ist, bereits 1950 Tabak von seinem traditionellen ersten Platz unter den Exportgütern, und Getreide, dessen Ernte noch 1950 nicht ausreichte, um den inländischen Bedarf zu decken, figurierte Ende 1951 erstmalig seit 1947 wieder in der Ausfuhrstatistik. Der Export von Getreide und Fruchtspezialitäten wäre aber 1952 wahrscheinlich sogar weit größer gewesen, wenn nicht die Regierung für diese Produkte Festpreise eingeführt hätte, die selbst nach Subventionierung bei der Ausfuhr noch immer über den Welt-

marktpreisen lagen. Obgleich keine Bezahlung in Hartwährung verlangt wird, vermochte jedenfalls infolge der uberhohnten Preise die Ernte des Jahres 1952 nicht restlos abgesetzt zu werden (Zur Währungslage der Türkei, als Manuskript im Februar 1953 hgb. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv, Referat für Kredit- und Wahrungswesen, S. 15 und 17). Von schweizerischer Seite wurde der für Export bestimmte Vorrat an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf etwa 700 Millionen sfr. geschätzt, von Seiten der Türkei hingegen nur auf 500 Millionen sfr. (Die türkische Wirtschaft im Aufbau, Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe Nr. 113 vom 26. 4. 1953). Ungefähr die Hälfte des Getreideuberschusses soll in den ersten Monaten 1953 zu herabgesetzten Preisen verkauft worden sein. Da der türkische Import im Vergleich zur Ausfuhr absolut und relativ sehr viel stärker answoll, hat sich immerhin bis Ende 1952 der Passivsaldo der Handelsbilanz gegenüber 1951 mehr als verdoppelt. Es erregte deshalb kaum Aufsehen, als nach der jüngsten Abwertung der Drachme u. a. auch das türkische Pfund zu den reformbedurftigen Währungen gezählt wurde. Die Regierung in Ankara hat freilich eine Devaluation, um die latente Zahlungsbilanzkrise zu beheben, schon mehrfach „als illusorisch“ abgelehnt (Zur Währungslage der Türkei, a. a. O., S. 21).

Arthur Dissinger-Ravensburg

Fleck, Rudolf: *Weltwirtschaftlicher Solidarismus*. (Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 5.) Berlin 1952. Verlag Dunker & Humblot. 128 S.

Diese Arbeit ist nur aus dem Lebensgang seines Verfassers zu verstehen. Nach einem Studium vor dem zweiten Weltkrieg, Wehrdienst und Gefangenschaft arbeitete er als Forscher und Lehrbeauftragter auf dem Gebiete der Weltwirtschaftslehre und der wirtschaftsgeographischen Länderkunde an der Leipziger Universität, bis er 1950 nach Kiel übersiedelte. Die Lektüre von angelsächsischem Schrifttum im Original war ihm anscheinend versperrt, ebenso wie die nationalökonomische Literatur, die nach 1940 erschien. Aus der jüngsten Zeit standen anscheinend nur nichtfachliche Literatur sowie Pressenotizen zur Verfügung. Mit diesem Rüstzeug versucht Verfasser — wie es im Vorwort heißt — „die Grundzüge eines neuen weltwirtschaftlichen Systems zu entwickeln, das geeignet sein soll, die Gestaltung menschlichen Zusammenlebens im internationalen Rahmen mit dem Ziele dauernden Einklangs von Bedarf und Deckung zu verwirklichen“. „Es ist insofern ein neues System, als das System der internationalen Arbeitsteilung fundiert wird durch den Gedanken des Solidarismus mit s t a a t e n g e s e l l s c h a f t l i c h e r R e g e l u n g d e s w e l t w i r t s c h a f t l i c h e n P r o z e s s e s“. Dabei werden die ausführlich zitierten Ansichten von Heinrich Pesch (Lehrbuch der Nationalökonomie, Bde. I—V, 3. Aufl., Freiburg i. Br., 1920) auf ein weltwirtschaftliches System erweitert. Im Nachwort spricht Verfasser davon, daß „ein Doppeltes gedanklich

niedergelegt wurde: die theoretische Darstellung eines aktuellen politischen Problems unserer Welt — die „Vereinten Nationen“ und ihr Wirtschaftsleben im Sinne neuer Weltwirtschaft — und ihre wissenschaftliche Erklärung in der Anwendung des solidaristischen Systems auf jene.“ Dieses sucht „Vermittlung zwischen zwei Extremen, dem atomistisch-individualistischen Kapitalismus und dem kollektivistischen Sozialismus herbeizuführen.“ Verfasser verfügt dabei weder über besondere nationalökonomische Kenntnisse weltwirtschaftlicher Zusammenhänge noch über ein spezielles Wissen über die Arbeit der „Vereinten Nationen“, über die nicht ratifizierte Havanna Charta oder internationale Rohstoffabkommen. Unter intensiver Verwendung weniger Quellen wird die Entwicklung des Gedankens der „Universalökonomie“ geschildert, d. h. die Lehre von der internationalen Arbeitsteilung. „Wenn Jens Jessen urteilte, daß die Theorie von den Gesetzen des freien internationalen Wirtschaftsverkehrs bei den Nachklassikern in der Theorie der internationalen Werte ihre Vervollkommnung gefunden habe, ist es unmöglich, an John Stuart Mill vorüberzugehen.“ (S. 36.) Nach einem längeren Auszug aus Ferdinand Fried (Wende der Weltwirtschaft, Berlin 1940) zur Darstellung der „Thünenschen Kreise“ der Weltwirtschaft befaßt sich Verfasser eingehend mit der politischen Bedingtheit der modernen Weltwirtschaft, d. h. mit der Imperialismustheorie. Alsdann wird der Gedanke der internationalen Solidarität als ein primär geistig-seelisches Prinzip gezeigt, denn alle Völker seien an der Schaffung der „abendländischen“ Kultur beteiligt und für ihre Fortentwicklung „solidarisch“ verantwortlich (S. 61). Dem Verfasser schwebt die Schaffung gesellschaftlicher Organe vor, die für einzelne Wirtschaftszweige bzw. Welthandelsgüter ausgebildet werden und in einem „Weltwirtschaftsrat“ ihre Spitze finden sollen (S. 89). Burkhardt Röper - Hamburg

Schwarz, Arnold: *Über den Umgang mit Zahlen*. Einführung in die Statistik. 2. Auflage. München 1952. Verlag R. Oldenbourg. 228 S.

Im Kreise der überaus zahlreichen statistischen Methodenlehren des neueren Schrifttums will der Verfasser mit der vorliegenden, in zweiter Auflage erschienenen Einführung eine Lücke ausfüllen, die nach seiner Auffassung zwischen den mit praktischer Anschauung nur dürftig versehenen Lehrbüchern vorwiegend methodologischen Charakters und den mit — teilweise schon veraltetem — Anschauungsstoff übersetzten Unterweisungen der empirischen Richtung klafft. Es kommt ihm weniger darauf an, den Leser mit den Rechen- und Darstellungsregeln der statistischen Technik als vielmehr mit dem „Geist“ der statistischen Urteilsbildung vertraut zu machen und ihn in diesem Geist das Hantieren mit dem Instrumentarium des statistischen Verfahrenspraktikers zu lehren. Durch vereinfachte und konzentrierte Darreichung des unumgänglichen Lehrstoffs, die für den anspruchs-

volleren Leser mit Hinweisen auf sein eigenes Spezialschrifttum ergänzt wird, bemüht sich der Verfasser, dem Anschauungsunterricht eine möglichst undoktrinäre, unterhaltsame Note zu geben, wobei er bewußt von den meistbegangenen Pfaden der Lehrbuchliteratur abweicht und an die Arbeitspsyche des statistischen Amateurs gewisse Konzessionen macht.

So geht es ihm zunächst darum, den Studierenden zum Deuten statistischer Wahrnehmungen anzuhalten. Erst dieses Deutungsvermögen schafft die Voraussetzung für eine kritische Wertung des Arbeitsergebnisses, zu dessen ursächlicher Analyse wiederum ein Vertrautsein mit dem technischen Rüstzeug der Erhebung- und Auswertungsverfahren erforderlich ist. Es sind also im wesentlichen didaktische Erwägungen, unter denen der Verfasser sein Lehrprogramm in zwei Hauptabschnitte untergliedert, von denen der erste die statistische Methode und der zweite die statistische Technik zum Gegenstand hat. Eine strenge Gebietsabgrenzung ist mit dieser Zweiteilung allerdings nicht gewonnen, da die statistische Methode in der systematischen Aufbereitung auch technischer Natur ist, während die Technik der Zahlengewinnung, der Verarbeitung, Auswertung und Darstellung erst aus dem Denken in statistischen Zusammenhängen ihren Sinn erhält. Es wäre daher im Interesse des unvorgebildeten Lesers m. E. angebracht gewesen, Überschneidungen dieser Art durch entsprechende Fassung der Abschnittbezeichnungen zu vermeiden. So würde in der stofflichen Anordnung die Heraushebung der Abschnitte I—III im Hauptteil A unter dem Sammelbegriff der statistischen Denkmethode oder Deutungsmethode im Sinne von statistischer Verfahrenslogik von der als „technische Aufbereitung“ im Hauptteil B zu kennzeichnenden Verfahrenstechnik deutlich zu scheiden sein, während Abschnitt IV unter A einem besonderen Kapitel zur speziellen Ursachenforschung vorbehalten sein könnte.

In Hauptteil A wird der Leser in vier Abschnitten mit den Grundregeln des statistischen Beobachtungs- und Denkprozesses bekannt gemacht. Nach einer unterhaltsamen Plauderei über das Wesen der Zahlen (im Vorwort) läßt der Verfasser den Leser die Entstehung der Zahl in der Beobachtung von Häufigkeiten in wahrheitstheoretischer Sicht erleben, um ihn dann mit experimenteller Anschaulichkeit zu befähigen, in Abläufen und Gleichförmigkeiten die Gesetze der Zufallsschwankungen und der Kausalität zu erkennen. So werden aus Beobachten, Deuten und Verstehen die verfahrenslogischen Grundlagen erarbeitet, auf denen sich die statistische Analyse als Erkenntnisverfahren und Arbeitstechnik fortentwickelt. Dieser Doppelcharakter der Methode tritt besonders deutlich im IV. Kapitel des ersten Teils hervor, in welchem die Systematik des formalen Gliederungsverfahrens, die Gliederungstechnik und die Systematik der kausalen Schlußfolgerung aus dem statistischen Gliederbau behandelt werden.

Auch in der Beschreibung der arbeitstechnischen Verfahren der eigentlichen Werkstattstatistik, die dem zweiten Hauptteil B vorbehalten ist, wird das Hantieren mit statistischen Arbeitsmitteln nicht als eine nur mechanische Kunstfertigkeit gelehrt, sondern im Geiste der deutenden Erkenntnis für den Praktiker und Wissenschaftler erläutert. Die einzelnen (vier) Kapitel dieses Teils befassen sich mit der Zahlengewinnung in verschiedenen Erhebungsformen, mit den Verfahren der tabellarischen und berechnungsmäßigen Aufbereitung, mit den Kunstgriffen und Hilfskonstruktionen der statistischen Meßkunst sowie mit den wichtigsten Ausdrucksformen der bildlichen Veranschaulichung. Wie sich der Ansatz statistischer Hilfsmittel gerade im Geist der Zahl und im Vertrautsein mit ihrem Grundgesetz zu bewähren hat, das erfährt der Leser in der Anleitung zur Meßtechnik, dem Kernstück dieses Teils, worin er mit dem Messen von Niveauunterschieden und Abläufen sowie mit der statistischen Erfassung und Deutung von Verteilungsformen (Problem der Normalverteilung und der empirischen Verteilung) in der mathematisch-physikalischen und sozialen Ausdruckstechnik bekannt gemacht wird. Als willkommene Ergänzung ist am Schluß des Buches ein kleiner Appendix mit Definitionen und Erklärungen der häufigsten Fachausdrücke und formalen Abkürzungen zur Schnellorientierung über das behandelte Verfahrensgebiet angefügt.

Es ist keine der landläufigen Methodenlehren in Form gesamt-systematischer Stoffauslese, sondern eine spezielle Systematik der wichtigsten Denk- und Anschauungsregeln, die für das Erarbeiten weiterer und feinerer Verfahrensansätze die unerläßliche Voraussetzung bildet. Der Verfasser versteht sich auf jene Eindringlichkeit der Belehrung, die durch scharfe Pointierung und Kontrastierung, durch unterhaltsame und satzenreiche Sprache, gelegentlich auch mit Paradoxon und Wortspiel (so vom Wesen, Werden und Werten der Zahl!) Eindruck zu machen. Der Leser wird durch experimentelle Anschauung und reiches Bildmaterial zu selbsttätiger Untersuchungsarbeit angeregt und befähigt, den oft schmalen Grenzpfad zwischen Irrtum und Erkenntnis zu finden.

Charlotte Lorenz - Göttingen

Merkblätter zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe Juni 1953 mit den Zahlenblättern 1 bis 25. Frankfurt a. M. 1953. Verlag Lutzeyers Fortsetzungswerke G.m.b.H.

In diesen Merkblättern sind alle wichtigen Ziffern zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesrepublik in abgerundeter und durch graphische Mittel übersichtlich gestalteter Form nach Stichworten geordnet zusammengestellt.